

Freie Presse

Nr. 70

Zentralleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Petrikauer Straße 86

3. Jahrgang

Die erste Revision der Friedensverträge.

Die Revision ist auf dem Marsch. Ja, man kann sagen, die Revision der Friedensverträge, also des bereits ratifizierten Friedens von Versailles und des allerdings noch nicht ratifizierten Friedens von Saint-Germain, hat schon begonnen. Die Londoner Tagung des Obersten Rates ist beendet, ihr Resultat ist die besorgende Veröffentlichung eines Manifestes, das nur noch der Schlussabstimmung bedarf, um herausgegeben zu werden. Das auch Millerand seine Zustimmung nicht verweigert wird, hat der Verlauf der Londoner Beratungen gezeigt, in denen Frankreich auf der ganzen Linie den Anschauungen Lloyd Georges und besonders Mittels unterlegen ist. Dieses Manifest, das angekündigt ist und von dem man nur eine Skizze kennt, bildet schreibt das „Wiener Journal“ nun nichts anderes als die erste Revision der Verträge, und zwar die Revision des wirtschaftlichen Teiles der Friedensverträge von Versailles und Saint-Germain. Aus diesem Manifest spricht die eublich bei England und Italien wenigstens durchgedrungene Erkenntnis, daß die Clemenceaus Nachsucht entstammenden wirtschaftlichen Fesseln und Lasten für Deutschland und Österreich nicht nur einen Wiederaufbau dieser beiden besetzten Staaten, sondern auch die Erhaltung der Siegerstaaten glatt verhindern würden. Aus dem Manifest spricht die Erkenntnis, daß es eine selbstverständliche, eine der französischen Diktatur und psychopathischen Angst vor Deutschland entsprossene Politik war, das deutsche Volk zu verfluchen und wirtschaftlich völlig zugrunde zu richten. Ebenso sinnlos war selbstverständlich auch eine Politik, die das kleine Österreich zu einer lebensunfähigen staatlichen Mißgeburt gestaltete. So durchzieht denn das Manifest in erster Linie der Gedanke, Deutschlands Wiederaufbau nicht nur möglich zu machen, sondern geradezu zu unterstützen, ein Gedanke, der in den letzten Tagen in England immer lauter gedankelt wurde und der auch von Mittels, dem italienischen Ministerpräsidenten, der sogar soweit gehen soll, daß er sich für einen völligen Verzicht auf eine Kriegsschädigung anspricht, auf das lebhafteste propagiert wird. Auch der Wunsch und Wille, den unentzerrlichen Zuständen in Österreich ein Ende zu bereiten und eine wirkliche Lebensmöglichkeit zu erschaffen, sprechen aus einzelnen Punkten des Manifestes, soweit dieses bisher bekannt ist.

In welcher Weise sich nun der Oberste Rat diese wirtschaftliche Revision denkt, geht aus den Hauptmomenten seiner Beschlüsse hervor. Danach sollen große Mengen von Rohstoffen Deutschland geliefert und soll von Seiten der Alliierten Deutschland auch bei seinem Wiederaufbau die nötige Hilfe geleistet werden. Ganz ausdrücklich wird dies als eine Pflicht und ein Interesse Europas hingestellt. Da nun eine Erholung Deutschlands unmöglich wäre, falls es weiter gezwungen bliebe, die ganzen schweren finanziellen Lasten für die Wiederaufstellung der verarmten Gebiete in Frankreich und Belgien zu tragen, wird diese Wiederaufstellung als eine internationale Angelegenheit bezeichnet, an der alle Alliierten sich zu beteiligen hätten. Es wird offenbar, um Frankreich die Positionen mündig zu machen, der Satz ausgesprochen, daß das wirtschaftliche Gleichgewicht Europas nicht früher als herbeigeführt werden soll, solange Deutschland und Frankreich nicht in die Lage versetzt sind, ihr industrielles Leben wie vor dem Kriege aufzunehmen. Die Diktatur vertritt in dieser Hinsicht genommenen Maßnahmen konzentrieren sich auf eine Aktion zur Hebung der Valuta jener Länder, deren Geldwert vollständig erschöpft ist. Man muß annehmen, daß hier der Gedanke an richtigen Punkt angelegt wird, denn eine internationale Aktion, die unsere Valuta heben würde, die durch eine Stabilisierung der Wechselkurse in Europa überhaupt das derzeitige finanzielle Chaos des ganzen Weltteils beseitigen könnte, würde gleichzeitig die Hoffnungen von Lebensmitteln und Rohstoffen für ein Vorkriegsland wie Deutschland, dessen Geld heute nahezu wertlos ist, erst vollständig ermöglichen. Demselben Zweck dient offenbar auch der Beschluß, Länder, deren Valuta v. M. nicht erlöst ist, durch Rückkehr zum direkten Zahlungssystem zu helfen zu kommen, und ebenfalls im Interesse Deutschlands erscheint der Punkt, der von wichtigen Rückschlüssen be-
stehend den Ausbau der Wasserkräfte in solchen

Ländern spricht. Wenn alle diese Beschlüsse vom Obersten Rat mit einer Energie und in einem Tempo, das sich allerdings von dem bisherigen seine: Verhandlungen und Entschlüsse vortellhaft unterscheiden müßte, ins Werk gesetzt werden, dann kann man der Meinung der Londoner Korrespondenten der Pariser Blätter beipflichten, daß eine solche Aktion den unmittelbaren Abbau der Preise und eine Neuentwicklung des industriellen und wirtschaftlichen Lebens in Europa hervorrufen müßte. Sie wäre eben eine Revision oder vielmehr eine oblique Desavouierung der Diktatorträge Clemenceaus auf wirtschaftlichem Gebiet, und dieser Umstand würde auch eine Bürgschaft dafür sein, daß ihr eine Revision auch der territorialen und politischen Bedingungen von Versailles und Saint-Germain folgen müßte, denn die neuen wirtschaftlichen Beschlüsse des Obersten Rates sind andurchführbar, wenn nicht auch in dieser Hinsicht weitgreifende Änderungen eintreten. Denn wie ist beispielsweise trotz aller oben angeführter Beschlüsse ein Wiederaufbau Österreichs möglich, wenn es in der bisherigen, sein wirtschaftliches Leben erzwingenden Abhängigkeit von den Entschlossenen verbleibt und nicht sein Selbstbestimmungsrecht zurückerhält. sich dort anzuschließen, wo ihm ein großes Wirtschaftsgebiet auch seine nationale Lebensfähigkeit garantieren würde.

Die Wiederaufrichtung Deutschlands.

Der Pariser „Temp“ nimmt in einem Artikel zu der von dem Obersten Rat aufgestellten Forderung, daß die wirtschaftliche Wiederaufrichtung Deutschlands notwendig sei, Stellung. Das Blatt erklärt, daß dieser Gedanke vollkommen den französischen Interessen entspricht, und wirft die Frage auf, wie die Deutschland zu genügender Hilfe mit den Rechten Frankreichs vereinbar wäre.

Die wirtschaftliche Wiederaufrichtung Deutschlands und die Wiederherstellung der europäischen Volkswirtschaft, die der Oberste Rat mit Recht als untrennbar verbundene Aufgaben ansieht, seien vor allem Fragen des Kredits. Alle großen Fragen des Kredits seien gegenwärtig bündig von der Gegenüberstellung des Dollars und des englischen Pfundes. Bei dem Wiederaufbau des Kredits in Europa werde das englische Pfund und die meisten Chancen haben, den Pariser Markt zu erreichen, und London werde wieder die vor dem Kriege innegehabte Rolle als Regulator des Weltmarktes aufnehmen können. Heil sei nun dann zu erwarten, wenn alle europäischen Völker, Sieger wie Besiegte und Neutrale, sich unter Führung Englands stellen, um das Wirtschaftslieben untereinander wieder zu beleben. Man würde Kredite von den Neutralen beanspruchen, die darin eine günstige Verwendung für ihr Geld fänden. Das Blatt weist schließlich darauf hin, daß die Beschlüsse des Obersten Rates noch unbekannt seien, doch glaube es, daß die Aufstellung folgender Grundlagen vorteilhaft wäre:

1. Deutschland kann sich nur dann wieder erheben, wenn es die Reparationspflicht erfüllt. Umgekehrt muß Frankreich die wirtschaftliche Wiederaufrichtung Deutschlands erleichtern, sobald dieses beweist, daß es den guten Willen habe, seine Schuld zu zahlen.

2. Europa kann neuen Wohlstand nur erlangen, wenn keinerlei Monopol, weder das der Erzeuger noch das der Verarbeiter, die Länder in Tribut nimmt. Die wichtigste Sorge der internationalen Finanzkommission müsse noch ihrer Einberufung durch den Völkerrund sein, jedem Lande die unabhängige Möglichkeit der Versorgung mit Nahrungsmitteln sowie die Unabhängigkeit der Transporte für jene Güter zu sichern, auf die es einen rechtmäßigen Anspruch hat.

„Idea Nationale“ kommentiert, wie aus dem gemeldet wird, den Aufruf des Obersten Rates an Europa folgendermaßen: Der Vertrag von Versailles wird formell nicht revidiert, sein Geist ist aber am heutigen Tage rekonstruiert. Von heute an beginnt Europa mit der Verwirklichung seiner Reorganisation und der Wiederaufstellung des wirtschaftlichen und politischen Gleichgewichts. Englands Wunsch sei, um jeden Preis sich der amerikanischen Kontrolle zu entziehen, um den Sterlingkurs zu regieren. England liege mehr an der Neuschaffung

seiner wirtschaftlichen Unabhängigkeit als an der deutschen Kriegsschädigung. Lloyd George habe ein Interesse daran, einen Block produzierender europäischer Völker zu schaffen.

Wirtschaftsmanifest der Entente.

Paris, 9. März. (Pat.).

„Echo de Paris“ meldet aus London, daß Millerand sich mit einigen Änderungen im Wirtschaftsmanifest der Entente einverstanden erklärt habe; sie werden morgen veröffentlicht werden. Millerand setzte sich telefonisch mit Lloyd George ins Einvernehmen und schlug ihm einige Textänderungen vor. Lloyd George machte Gegenüberstände. Es handelte sich haupt-

sächlich um den ersten Artikel, der sich auf Ausland bezieht, und um den letzten Absatz im Artikel 8 betreffend die auswärtige Anleihe für Deutschland.

Einer Meldung des „Temps“ zufolge, wird Präsident Wilson seinen Standpunkt in Bezug auf die Vorbehalte des Senators Lodge demnächst bekannt geben. Er ist der Ansicht, daß die Annahme der Vorbehalte zum Art. 10 des Friedensvertrages einen Erfolg der Anhänger des Imperialismus in Europa gleichläufige, die auf der Friedenskonferenz gegen die Annahme dieses Artikels in den Friedensvertrag auftraten. Der Präsident meint, der ganze Aufbau des Völkerrundes beruhe auf dem Artikel 10.

Vor dem Friedensschluß.

Am Dienstag empfing der Minister des Auswärtigen Patel Vertreter der Presse, um ihnen Informationen über den Stand der auswärtigen Fragen zu erteilen. Zunächst referierte Jan Olzeny über den Verlauf der polnisch-deutschen und der polnisch-danziger Verhandlungen. Es handelte sich zuerst um vier grundsätzliche Punkte, und zwar:

1. um den Durchgangsverkehr durch den sog. polnischen Korridor,
2. um den Verkehr zwischen Polen und Danzig,
3. um den Verkehr zwischen der deutschen Republik und Danzig,
4. um den Verkehr zwischen den Abstammungsgebieten einerseits und Polen mit Deutschland andererseits.

Am schwierigsten erscheint die Lösung der Frage des sog. polnischen Korridors. Im Sinne des Versailler Vertrages soll Polen Deutschland den Transitverkehr garantieren und die deutschen Güter in polnischen Güterzügen durch das Territorium befördern, das Deutschland von Ostpreußen trennt. Die Verhandlungen in dieser verwickelten Frage sind daher auch noch nicht abgeschlossen. Es ist jedoch zu hoffen, daß ein günstiges Ergebnis erzielt werden wird.

Eine weitere Schwierigkeit bildet die Frage des Verkehrs zwischen den Abstammungsgebieten und Polen. Polen will die Souveränität Deutschlands in diesen Gebieten nicht anerkennen und äußert den Wunsch, sich direkt mit den Okkupationsbehörden der Entente in Verbindung zu setzen. Deutschland steht dagegen auf dem Standpunkt, daß diese Gebiete vorläufig der deutschen Einflussphäre nicht entzogen werden dürfen. Um aber diese Frage zu verhandeln, ist in Warschau eine Delegation aus Oppeln eingetroffen; eine Delegation aus Allenstein kommt ebenfalls nach Warschau.

An den Verhandlungen über die Verkehrsfragen, die zwischen Danzig und Polen zu erledigen sind, nimmt Herr Döring aus Danzig teil. Was den Personenverkehr zwischen Deutschland und Danzig anbelangt, so ist man sich dahin einig geworden, daß Pässe eingeführt werden müssen. Für eine Reise zwischen Polen und Danzig werden Personalausweise genügen.

Sodann sprach Minister Patel über die Verhandlungen mit Finnland und Lettland. Mit Finnland sind, wie schon berichtet wurde, die grundsätzlichen Unterhandlungen bereits abgeschlossen. Es finden nur noch Verhandlungen in den politischen, wirtschaftlichen und militärischen Unterkommisionen statt. Die Protokolle über die bisherigen Ergebnisse werden heute dem Ministerium vorgelegt werden, sodann der finnlandisch-polnische Vertrag noch im Laufe dieser Woche abgeschlossen werden dürfte.

Einen weniger raschen Verlauf nehmen die Verhandlungen mit Lettland, da die

lettischen Delegation keine Sachverständigen an gehören und sie sich jedesmal telegraphisch mit ihrer Regierung in Verbindung setzen muß. Was Rumänien anbelangt, so hat das Ministerium des Auswärtigen die Nachricht erhalten, daß eine rumänische Delegation in Warschau eintreffen wird.

Minister Patel erklärte, daß die Verhandlungen mit diesen drei Staaten sich auf den Frieden mit Sowjetrußland sowie auf die weiteren Beziehungen zwischen Polen und diesen Staaten erstrecken werden.

Es ist anzunehmen, daß diese Delegationen mit der polnischen Regierung schon in den nächsten Tagen die Friedensbedingungen und den Zeitpunkt des Friedensschlusses festlegen werden. Die Antwort Polens auf die russische Friedensnote soll Ende März abgesandt werden. Sie wird keine konkreten Bedingungen enthalten, sondern nur den Zeitpunkt und den Ort des Zusammentreffens der Vertreter beider Regierungen angeben. Als Verhandlungsort wird Orscha oder Smolensk in Vorschlag gebracht. Polnischseits wird Minister Patel die Verhandlungen führen, denen auch eine Geim-Delegation beizohnen wird.

Ein ukrainisches Friedensangebot an Polen.

Aus Warschau wird polnischen Blättern gemeldet: Am Montag erhielt die polnische Regierung einen neuen Funkspruch, unterzeichnet von Malowik, der im Namen des ukrainischen Sowjets an Polen mit Friedensvorschlägen herantritt. In der Note ist gesagt, daß die Regierung der ukrainischen Sowjets die einzige zu Verhandlungen berechnete Regierung sei. Es ist dies bereits die dritte bolschewistische Note der Ukraine, die Polen den Frieden anbietet. Die erste „An alle“ gerichtet, ging am 20. Februar ab, die zweite, speziell an die polnische Regierung gerichtet, am 24. Februar.

Romint Foch nach Warschau?

Paris, 9. März. (Pat.).

Ma schall Foch erklärte in einer einem Journalisten gemachten Unterredung, daß er nach Warschau kommen wolle, um die polnische Kammer zu begrüßen. Der Zeitpunkt seiner Abreise sei indessen noch nicht festgelegt.

Berlin, 10. März. (Pat.).

Das „Berliner Tageblatt“ meldet, daß Max schall Foch auf der Rückreise nach Paris in Mainz Aufenthalt genommen habe. In Püttlich erklärte er, daß er demnächst in Warschau eintreffen werde, jedoch den Termin seiner Ankunft augenblicklich nicht festlegen könne.

(Sitzung vom Dienstag.)

Die Resolution der Kommission und die des
Hög. Wahlkloster werden mit großer Stimmen-
mehrheit angenommen, ebenso das Gesetz in zwei-
ter und dritter Lesung.

8064. Dec 11. 2700

Zu der Angelegenheit der vom Innenministerium ausgesprochenen Ungültigkeitserklärung des Beschlusses der Stadterwerbsenverammlung vom 21. November 1919 bzgl. der Zahlung einer 40proz. fälligen Ertragsabgabe von den Kriegsgewinnen der kriegsbeschädigten Einwohner gelangt.

Umgestaltung des Reichsbuchensam-
Zurück erfolgreiche Bekämpfung des Buchen-
und der Socialisten los, einer Nachrich-
"Kaiser Wartungsmittel" zufolge, das Buchen-
zeugnissieren werden und zwar in der Richter-
nach die laufenden Sachen eine reichere Ge-
lehrung finden sollen. Hauptächlich wird die
System des Strafverfahrens dahin abgeändert
werden, daß den einzelnen Referenten die Mög-
lichkeit gegeben wird, eine größere Anzahl von
Strafsachen zu verhandeln. Die gründliche Um-
gestaltung des Buchensamts erfolgt erst mit de-

Unterstützungen für Arbeitslose. Grund eines vom Sejm beschlossenen Gesetzes, darnach ein Arbeitsloser höchstens am 13. November im Jahre Unterstützung beziehen. Infolgedessen teilt der Leiter des städtischen Arbeitslosenunterstützungsamtes in Poznań den Arbeitslosen mit, daß alle diejenigen, die teil dem 1. Dezember v. J. Arbeitslosenunterstützung bezogen haben, nach Empfang der am 29. Februar fälligen Unterstützungssumme das Recht zum Wiederbeginn

Reisebeschreibungen von O. Friele Bod.

(Schluß.)

Woch die Bett stants nachdem wir Gelegen
heit hatten, Thon zur Benige kennen zu lernen
machten wir uns auf dem Weg nach Wron
berg. Nach einer einständigen Fahrt, die wir
in einem lauberen und reizen Wäggel zurück
legten nicht wie in Kongressen, wo seit einer
Jahre in vielen Girschschneidungen die Frucht

nicht gepuht und. lassen wir in Bromberg an.
Das polnische Schloss Dygoszeg wird in der
Geschichte bereits im 11. Jahrhundert erwähnt
als eigentliches Stadt Dygoszeg oder Bromberg
verlor ihre Befestigung dem König Kasimir
dem Großen. Das gesamte Dygoszeg war
lange hindurch im Besitze der deutschen Ordens-
und Königsritter. Der letzte aus dem Hause
der Bassen, erhielt es im Frieden von Kalisz
im Jahre 1348 vom deutschen Hochmeister Eudo-
kym und Kasimir, dieser edle Herrscher, der
Juden und Wenden im Lande forcierte
welcher sich für das unterdrückte Volk eintrat
und dafür vom Adel „Bauernkönig“ genannt
wurde, erteilte den Deutschen Kaiserlichen
König laut Urkunde vom 19. April 1346 das
Recht, unter dem Mauer der Burg Dygoszeg
auf der damals wüsten Bruchinsel, eine Stadt
zu gründen und so entstand Bromberg. Im
Sommer 1409 überfiel der Obermeister
Heinrich von Plauen, der mit Stefan
aus das Böhmen und die Entwicklung Bran-
denburg sah, die Burg und Stadt, zerstörte
verbrannte sie. 1435 wurde sie wieder hergestellt.
1486 hatte Bromberg unter dem Durchzug der
Türken erstmals schwer zu leiden. Ende des 15.
Jahrhunderts gehörte Bromberg, dessen Bürger größtenteils
Deutsche waren, zu den bedeutendsten Städten
Polens infolge der Adelsherrschaft, Religions-
verfolgungen und fortwährenden Kriege
auch über Bromberg die Periode des Niederganges
etc. 1626 lag der Schwedenkönig
Karl X so furchtbar, daß die Stadt ein
Trümmerhaufen wurde. In diesen Tagen
wurde die Bevölkerung verfolgt in Bromberg die
Zusammenkunft des Königs Johann Kasimir
(1648–1668) mit dem Großen Kurfürsten
der hier bei Befreiung Münchens von der
türkischen Bedröhung erlangte Während des
dritten Krieges im Jahre 1703 überbergte
Stadt auf neue in ihren Mauern Schweden
Westfälischer Taten und Polen. Bei der
Teilung Polens im Jahre 1772 fiel Brom-

an Polen. 1794 während der polnischen Erbkriegs eroberte General Dombrowski die Stadt. Im Frieden von Tilsit im Jahre 1807 kam Bromberg zum Herzogtum Warschau, dem es bis 1815 verblieb. Während des napoleonischen Feldzuges hielten sich in seinen Mauern Truppen der „grande armée“ auf, die die Bevölkerung dann in Lampeden geführt und gegen das Hauptes nach der Heimat zurückmarschieren ließen. Am 18. Januar 1812 zogen sogar Kosaken in die Stadt ein und der russische Oberkommandirende Barclay de Tolly hatte hier sein Hauptquartier. Auf Befehl des Wiener Kongresses fiel Bromberg, das damals 6000 Einwohner zählte, an Preußen zurück, unter dessen Herrschaft es wohl auch blieb. Regierungspräsident war damals Hippel, der auf dem Bromberger evangelischen Friedhof ruhende Vertreter des bei Beginn der Befreiungskriege von Königsberg nach Bromberg geflohenen Königs. Am 17. März 1813 von Breslau aus erließ er den Aufruf „An mein Volk“.

Daß der lebenswichtigen Begleitung zweier hoher Herren hatten wir Gelegenheit, die Grabstätte dieses Mannes zu sehen. Auf dem Denkmal befindet sich folgende Inschrift: „Der Auser zum Freiheitskämpfer, Theodor Gottlieb von Hippel, Regierungspräsident 1811, Braunschweig, An mein Volk“.

Bromberg hat heut ohne Zweifel 15 bis 20 Tausend Einwohner, zählt von denen immer noch 60 Prozent Deutsche. Ist mit sehr glänzenden Geschäftskreisen, namentlich Bank und für hübsche Anlagen, eine der schönsten Städte des ehemaligen deutschen Ostens und wir müssen es nicht unterlassen, unsere Befriedung mit einigen der Bauten bekannt zu machen. In der Hauptstraße, am Weizenplatz, stehen wie im gotischen Stil in den Jahren 1873—74 erbaute evangelische Paulskirche. Wir hatten Gelegenheit, das Gotteshaus zu besuchen und einen Predigt die vom Pfarrer Dr. Mühlmann gehalten wurde, zu hören. Auf dem Hofe steht die eigentliche Städtische Synagoge, eine andere evangelische Kirche, unter a

Was die Brust schwellt,
Was den Hals kühlt,
Klingt aus kaiserlichen Mäulern:
Wer die Sprache schätzt,
Iren dem Lande nicht,
Steht zu uns, den Bedauern.
